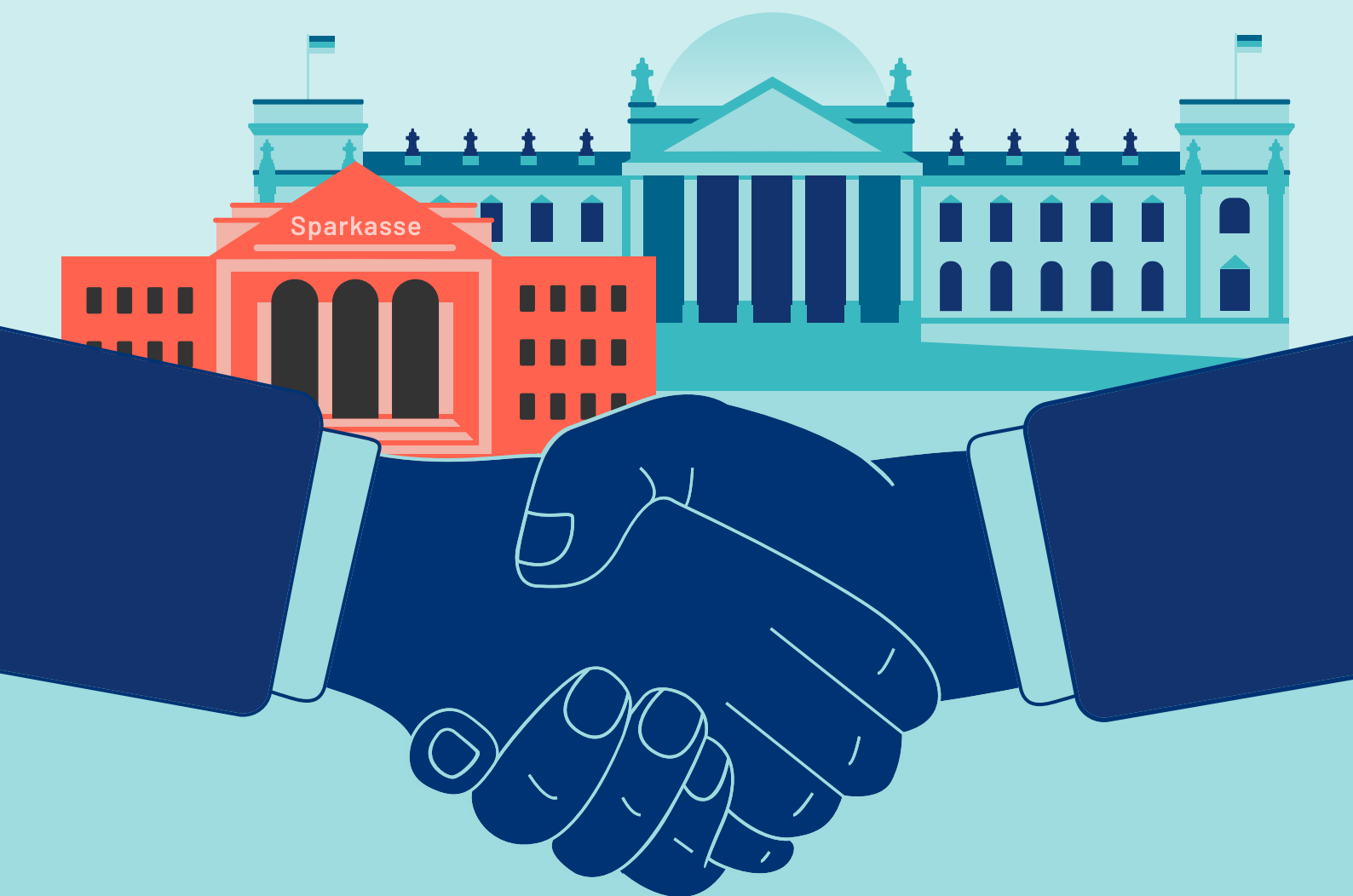


# Die Lobbymacht der Sparkassen

Pia Eberhardt



# Inhalt

## 1 Einleitung

S. 3 - [direkt zum Kapitel >>](#)

## 2 Die Sparkassenlobby und ihre Nähe zur deutschen Politik

S. 4 - [direkt zum Kapitel >>](#)

### 2.1 Wer oder was ist die Sparkassenlobby?

S. 4 - [direkt zum Kapitel >>](#)

### 2.2 Politische Bande von Sparkassen und Landesbanken

S. 8 - [direkt zum Kapitel >>](#)

## 3 Sparkassen-Lobbyismus auf Kosten der Allgemeinheit

S. 14 - [direkt zum Kapitel >>](#)

### 3.1 Die Strippenzieher vom DSGVO und der CumEx-Steuerraub

S. 14 - [direkt zum Kapitel >>](#)

### 3.2 Kampf gegen das Provisionsverbot

S. 15 - [direkt zum Kapitel >>](#)

### 3.3 Basel III und das zu geringe Eigenkapital der Banken

S. 16 - [direkt zum Kapitel >>](#)

### 3.4 Landesbanken vs. Finanztransaktionssteuer

S. 17 - [direkt zum Kapitel >>](#)

# 1 Einleitung

Viele kennen das Bild aus der Lokalzeitung: Die örtliche Sparkasse überreicht einen großen Scheck und die Bewohner\*innen des Seniorenheims, der Museumsdirektor oder die Jugendmannschaft des Sportclubs freuen sich. Mit über einer halben Milliarde Euro förderte die Sparkassen-Finanzgruppe 2023 gemeinnützige Projekte. Denn, so die Gruppe auf ihrer Homepage: „Wir sind anders als Banken, deren Geschäftsmodell ausschließlich darauf ausgerichtet ist, Profit zu erwirtschaften.“<sup>1</sup>

Die Wirklichkeit sieht bisweilen nicht ganz so gemeinnützig aus. Absurd hohe Vorstandsgehälter<sup>2</sup>, Kundenabzocke mit teuren Zertifikaten<sup>3</sup> und magere Zinsen für Sparer\*innen trotz fatter Gewinne<sup>4</sup> – die Liste der Kritik an den Sparkassen war zuletzt lang. Das ist auch ein Versagen der Politiker\*innen, die in den Aufsichtsgremien der Institute gut vertreten sind. Doch anstatt dass diese die Sparkassen zwingen, tatsächlich im Sinne des Gemeinwohls zu wirtschaften, spannt die Sparkassenlobby die Politik regelmäßig für ihre Profitinteressen ein. Der Schwanz wedelt mit dem Hund.

Solange Sparkassen und Landesbanken in öffentlich-rechtlicher Hand sind, gehören Politiker\*innen in ihre Aufsichtsgremien. Allerdings müssen sie da ihren Job machen. Das heißt: die Institute zwingen, tatsächlich im Sinne des Gemeinwohls zu handeln – auch bei der Interessenvertretung gegenüber der Politik. Damit der Hund wieder mit dem Schwanz wedelt.

- 
- 1 Sparkasse, Unser soziales Engagement, zuletzt aufgerufen am 06.10.2024. [<https://www.sparkasse.de/ueber-uns/engagement/soziales-engagement.html>]
  - 2 Katharina Bews, 22.08.2024, Knapp 100 Vergütungsmillionäre: So viel verdienen Sparkassen-Chefs laut Studie, Frankfurter Rundschau, zuletzt aufgerufen am 06.10.2024. [<https://www.fr.de/wirtschaft/knapp-100-verguetungsmillionaere-so-viel-verdienen-sparkassen-chefs-laut-studie-zr-93255310.html>]
  - 3 Jan-Lukas Schmitt und Lukas Zdrzalek, 10.09.2024, 93-Jährige verliert 10.000 Euro: Sparkassen drehen Senioren wieder Zertifikate an, WirtschaftsWoche, zuletzt aufgerufen am 06.10.2024. [<https://www.wiwo.de/finanzen/geldanlage/zertifikate-abzocke-93-jaehrige-verliert-10-000-euro-sparkassen-drehen-senioren-wieder-zertifikate-an/29589850.html>]
  - 4 Meike Schreiber, 12.03.2024, Niedrige Zinsen für die Kunden – hohe Gewinne für die Bank, Süddeutsche Zeitung, zuletzt aufgerufen am 06.10.2024. [<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/sparkassen-dsgv-bilanzpressekonferenz-zinsen-zertifikate-milliardengewinn-1.6446876?reduced=true>]

## 2 Die Sparkassenlobby und ihre Nähe zur deutschen Politik

### 2.1 Wer oder was ist die Sparkassenlobby?

Die Sparkassenlobby umfasst viele verschiedene Player, die sich in der Politik für die Interessen der Finanzgruppe einsetzen:

- die Dachverbände der Sparkassen-Finanzgruppe, darunter der mächtige Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) mit Sitz in Berlin sowie zwölf regionale Sparkassenverbände, die von Bayern über Thüringen bis Schleswig-Holstein Lobbyarbeit betreiben;
- zahlreiche Einzelunternehmen der Gruppe, also die knapp 350 Sparkassen, die Landesbanken (deren Träger die Sparkassen, ihre Verbände und die jeweiligen Bundesländer sind), die DekaBank, Landesbausparkassen sowie Tochtergesellschaften wie die Deutsche Kreditbank (DKB), eine 100-prozentige Tochter der Bayerischen Landesbank. Die DKB allein gab im Jahr 2023 335.000 Euro aus, um die Mitglieder von Bundestag und Bundesregierung zu lobbyieren<sup>5</sup> und verfolgte nach eigenen Angaben über 1.000 Gesetzgebungsverfahren und politische Prozesse;<sup>6</sup>
- Verbände, deren Mitglieder zwar nicht ausschließlich, aber Großteils zur Sparkassengruppe gehören wie der Verband der öffentlichen Versicherer (VÖV) und der Bundesverband Öffentlicher Banken (VÖB). Unter den Mitgliedern des VÖB befinden sich die Landesbanken, die DKB, DekaBank, einzelne Großsparkassen und Landesbausparkassen sowie Verbände wie der Sparkassenverband Saar.<sup>7</sup> Neben den Chefs der DekaBank und der Landesbanken sitzt auch der Präsident des DSGV im Gesamtvorstand des VÖB.<sup>8</sup>

---

5 Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung, Deutsche Kreditbank AG, zuletzt aufgerufen am 06.10.2024. Alle hier erwähnten Einträge im Lobbyregister lassen sich über die Suchfunktion leicht finden: <https://www.lobbyregister.bundestag.de/startseite>. Wenn nicht anders vermerkt entsprechen die Zahlen zu Lobbyausgaben dem Mittelwert der vom jeweiligen Unternehmen beziehungsweise Verband gemachten Angaben.

6 DKB, Juli 2024, Nachhaltigkeitsbericht 2023, zuletzt aufgerufen am 06.10.2024, S. 60. [[https://dok.dkb.de/pdf/nb\\_2023.pdf](https://dok.dkb.de/pdf/nb_2023.pdf)]

7 VÖB, Wer wir sind. Mitglieder, zuletzt aufgerufen am 06.10.2024. [<https://www.voeb.de/wer-wir-sind/mitglieder>]

8 VÖB, Wer wir sind. Gesamtvorstand, zuletzt aufgerufen am 06.10.2024. [<https://www.voeb.de/wer-wir-sind/gesamtvorstand>]

Die Lobbypower dieser Gruppe ist zahlenmäßig nicht genau zu erfassen. Manche Mitglieder sind weder im deutschen noch im europäischen Lobbyregister zu finden.<sup>9</sup> Das gilt zum Beispiel für die Landesbanken – mit Ausnahme der Nord/LB, die laut EU-Register mindestens 200.000 Euro im Jahr in ihre Brüsseler Lobbyarbeit steckt.<sup>10</sup> Wer für die Landesbanken in der Politik Klinken putzt, wieviel Geld dafür fließt und welche Entscheidungen beeinflusst werden sollen, bleibt so weitgehend im Verborgenen.

## Zu Besuch im Finanzministerium, aber nicht im Lobbyregister: einzelne Sparkassen und Landesbanken

Datum	Vertreter des BMF	Bank/Teilnehmer
30.05.2022	Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Florian Toncar	Deutsche Bank/Prof. Dr. Stefan Simon
02.06.2022	Bundesminister Christian Lindner, Staatssekretär Dr. Carsten Pillath	DZ BANK/Dr. Cornelius Riese Deutsche Bank/Christian Sewing Commerzbank/Dr. Manfred Knof Hypo Vereinsbank/Dr. Michael Diederich LBBW/Rainer Neske BayernLB/Stefan Winkelmeier NordLB/Jörg Frischholz Helaba/Thomas Groß
10.06.2022	Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Florian Toncar	Aareal Bank/Lochen Klösges
27.06.2022	Bundesminister Christian Lindner	Commerzbank/Dr. Manfred Knof
30.06.2022	Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Florian Toncar	Kreissparkasse Tuttlingen/ Markus Waizenegger

*Auszug aus einer Liste von Lobbykontakten des Finanzministeriums,  
aus einer Antwort auf eine Anfrage des Linken-Abgeordneten Christian Görke<sup>11</sup>*

## Reich, reicher, DSGVO

Trotz der Transparenzlücken zeigen die Zahlen: Im politischen Berlin gehört die Sparkassengruppe zu den finanzkräftigsten Lobbyplayern. Mindestens 3,35 Millionen Euro lässt sich der DSGVO die Einflussnahme auf Bundestag und Bundesregierung kosten – im Jahr.<sup>12</sup>

<sup>9</sup> Die Landesbanken sind als Anstalten des öffentlichen Rechts von der Registrierungspflicht im deutschen Lobbyregister ausgenommen (Lobbyregister-Gesetz §2 Absatz 2 Nummer 6 und §2 Absatz 3 Nummer 6). Einzelne Sparkassen und regionale Sparkassenverbände fehlen dort vermutlich, weil sie nicht regelmäßig unabhängig vom DSGVO Bundestag und Bundesregierung lobbyieren. Damit liegen sie unter der Erheblichkeitsschwelle des Lobbyregisters und sind ebenfalls nicht registrierungspflichtig (§ 2 Absatz 1 LobbyRG). Eine freiwillige Registrierung aus Transparenz-Gründen wäre für diese Akteur\*innen aber natürlich trotzdem möglich.

<sup>10</sup> Transparenzregister der Europäischen Union, Norddeutsche Landesbank Girozentrale, zuletzt aufgerufen am 06.10.2024. [[https://transparency-register.europa.eu/searchregister-or-update/organisation-detail\\_de?id=973709234598-64](https://transparency-register.europa.eu/searchregister-or-update/organisation-detail_de?id=973709234598-64)] Die NordLB war von September 2022 bis Juli 2023 auch im deutschen Lobbyregister zu finden.

<sup>11</sup> Deutscher Bundestag, Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 26. September 2022 eingegangenen Antworten der Bundesregierung, zuletzt aufgerufen am 06.10.2024, S. 30. [<https://dserver.bundestag.de/btd/20/037/2003768.pdf>]

<sup>12</sup> Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung, Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V., zuletzt aufgerufen am 06.10.2024.

Das EU-Lobbybudget des DSGV (mindestens 1,75 Millionen Euro jährlich)<sup>13</sup> und die Lobbyausgaben einzelner Unternehmen beziehungsweise anderer Verbände der Sparkassengruppe sind da noch nicht einmal mit eingerechnet. Nur der mächtige Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) und der Bankenverband leisten sich in der Finanzlobby noch größere Lobbybudgets (siehe Box unten). Gegen die Mitgliedsbeiträge, die der DSGV kassiert (>193 Millionen Euro jährlich), sehen die von GDV (>64 Millionen Euro) und Bankenverband (>29 Millionen Euro) allerdings beinahe mickrig aus.<sup>14</sup>

## „Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband ist Deutschlands mächtigster Bankenverband.“

*Hanno Mußler, Wirtschaftsredakteur bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung<sup>15</sup>*

### Die Lobbypower des DSGV in Zahlen<sup>16</sup>

Pro Jahr gibt der DSGV mindestens **3.355.000 Euro** aus, um Bundestag und Bundesregierung zu beeinflussen. Das ist Platz 27 des deutschen Lobbyregisters und **Platz drei der deutschen Finanzlobby**. Nur der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) und der Bankenverband leisten sich in der Finanzlobby noch größere Lobbybudgets.

**60 DSGV-Leute** werden regelmäßig bei Bundestag und Bundesregierung vorstellig. Nur GDV und Bankenverband haben in der Finanzlobby noch mehr personelle Lobbypower (93 beziehungsweise 81 unmittelbare Lobbyist\*innen).

Kaum ein Verband bombardiert Bundestag und Bundesregierung mit derart vielen **Stellungnahmen und Gutachten** wie der DSGV: Ganze **61** waren es allein von März bis September 2024. Zum Vergleich: die Deutsche Bank verschickte im gleichen Zeitraum 11 Stellungnahmen, die Bürgerbewegung Finanzwende drei.

<sup>13</sup> Transparenzregister der Europäischen Union, Deutscher Sparkassen- und Giroverband, zuletzt aufgerufen am 06.10.2024. [[https://transparency-register.europa.eu/searchregister-or-update/organisation-detail\\_en?id=62379064909-15](https://transparency-register.europa.eu/searchregister-or-update/organisation-detail_en?id=62379064909-15)]

<sup>14</sup> Nach den Angaben im Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung. Stand: 06. Oktober 2024.

<sup>15</sup> Hanno Mußler, 30.12.2023, Wichtigster Bankenlobbyist mit wenig Hausmacht, Frankfurter Allgemeine Zeitung, zuletzt aufgerufen am 05.10.2024. [<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/dsgv-bankenlobbyist-mit-wenig-hausmacht-bei-sparkassen-19412900.html>]

<sup>16</sup> Nach den Angaben im Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung. Stand: 05. Oktober 2024.

Wer über derart viele Ressourcen verfügt, kann die gesamte Klaviatur des Lobbyismus bespielen – langfristig und mit Nachdruck. Dazu gehört die Erstellung von Expertisen, Hinterzimmergespräche und vieles mehr. So ist der DSGV einer der regelmäßigsten Besucher im Bundestag. Ein ehemaliger Mitarbeiter spricht von „Dauerberieselung“: Frühstücke, Mittagsbriefings, Abendessen, Stellungnahmen – kaum ein Finanzlobbyist sei im Bundestag so präsent wie der DSGV.<sup>17</sup> Eine andere ehemalige Bundestags-Mitarbeiterin erinnert sich an das mitunter edle Ambiente der Gespräche: „Diese pompösen Frühstücke, die der DSGV für uns organisiert hat, an einer langen Tafel, mit Blick auf den Tiergarten – das hat mich schon sehr beeindruckt.“<sup>18</sup> Klar, dass zivilgesellschaftliche Gruppen mit weniger Ressourcen keine so aufwendige Kontaktpflege betreiben können.

Auch auf internationalem Parkett lässt sich der DSGV nicht lumpen. Der ehemalige Grüne Bundestagsabgeordnete und Finanzwende-Vorstand Gerhard Schick erinnert sich an seine jährlichen Reisen zur Weltbank-Tagung, damals als Teil der Bundestags- und Bundsratsdelegation: „Der DSGV richtete jedes Jahr ein Mittagessen der Abgeordneten und Minister mit den Chefs von DSGV und Landesbanken aus – und zwar als Teil des offiziellen Delegationsprogrammes und in einem sehr exklusiven Club im Zentrum von Washington. Für uns Abgeordnete wurde der Sparkassen-Lobbyismus so zum Pflicht-Termin.“<sup>19</sup>

Und dennoch ist der wichtigste Einflusskanal für den Lobbyismus der Sparkassen ein anderer. Es sind die vielen Politiker\*innen, welche die Sparkassen, die Landesbanken und ihre Verbände mit Posten in Beiräten und Aufsichtsgremien an sich binden – und zwar parteiübergreifend. „Von den Grünen bis zu den Konservativen: Im Europaparlament und im Bundestag wollen alle an der Seite der Sparkassen stehen“, sagt ein Lobbyist und begründet das so: „Den Parlamentariern ist durchaus bewusst, dass auch Landräte und Bürgermeister der eigenen Partei in den Verwaltungsräten der Sparkassen sitzen. Wenn die Sparkassen nun ein Problem haben, kann es passieren, dass sie nicht nur vom Verband, sondern auch von den eigenen Leuten angesprochen werden. Das hat dann einen Kaskadeneffekt.“<sup>20</sup>

---

17 Interview mit einem früherem Mitarbeiter im Bundestag, 23. September 2024.

18 Interview mit einer früheren Mitarbeiterin eines Abgeordneten des Finanzausschusses im Bundestag, 14. Juni 2022.

19 Interview mit Gerhard Schick, 12. September 2024.

20 Interview mit Finanzlobbyist, 13. Mai 2022.

## 2.2 Politische Bande von Sparkassen und Landesbanken

Träger und somit quasi Eigentümer\*innen der Sparkassen und Landesbanken sind Kommunen, Landkreise und Bundesländer. Lokal-, Kreis- und Landespolitiker\*innen sitzen in ihren Aufsichtsgremien und sollen dort sicherstellen, dass sich die Institute am Gemeinwohl orientieren. Diese engen Bande zwischen dem Reich der Sparkassen und der Politik haben sich bisweilen als problematisch erwiesen. Zum Beispiel wenn Politiker\*innen mit der Kontrolle der Geldhäuser schlicht überfordert waren.<sup>21</sup> Oder wenn sie beim Sponsoring beziehungsweise der Kreditvergabe eigene Interessen verfolgten.<sup>22</sup> Gegenüber dem Manager Magazin nannte ein Landesbankchef die Sparkassen einmal die „Lieblingsspielzeuge“ der Kommunalpolitik.<sup>23</sup> Die Landesbanken wiederum bezeichnete der Ökonom Martin Hellwig einst als „Ministerpräsidenten-Finanzierungs-Institute“.<sup>24</sup>

Umgekehrt erhalten Sparkassen und Landesbanken über Politiker\*innen, die in ihren Beiräten und Aufsichtsgremien sitzen, direkten Zugang zur Politik. Im informellen Rahmen, unter Ausschluss der Öffentlichkeit und jenseits demokratischer Strukturen kann die Sparkassenlobby so privilegiert Einfluss nehmen – von der lokalen Ebene über Berlin bis nach Brüssel. „Die Sparkassen sind besser politisch verdrahtet als jede andere Bankengruppe“, sagte der Wirtschaftswissenschaftler Jörg Rocholl einmal, der dem Wissenschaftlichen Beirat des Finanzministeriums vorsteht.<sup>25</sup>

---

21 Der Finanzwissenschaftler Ralf Jasny hat mehrfach das Anlageverhalten der Sparkassen untersucht und dabei immer wieder die unzulängliche Aufsicht bei einzelnen Sparkassen kritisiert. Auf seinem LinkedIn-Profil finden sich viele entsprechende Beiträge, zum Beispiel hier: [https://www.linkedin.com/posts/prof-dr-ralf-jasny-01458254\\_report-mainz-sparkassen-inkompetenz-und-activity-7103674382488621056-zU8!/?utm\\_source=share&utm\\_medium=member\\_desktop](https://www.linkedin.com/posts/prof-dr-ralf-jasny-01458254_report-mainz-sparkassen-inkompetenz-und-activity-7103674382488621056-zU8!/?utm_source=share&utm_medium=member_desktop). Siehe auch: Report Mainz/ ARD, 22.08.2023, Sparkassen: Inkompetenz und Klüngel bei Verwaltungsräten?, [<https://www.ardmediathek.de/video/report-mainz/sparkassen-inkompetenz-und-kluengel-bei-verwaltungsraeten/das-erste/Y3JpZDovL3N3ci5kZS9hZXgvczE5MDkzNzg>]. Beide zuletzt aufgerufen am 06.10.2024.

22 Ein besonders krasses Beispiel war die „Amigo-Affäre“ der bayerischen Kreissparkasse Miesbach, die 2014 aufflog. Jahrelang hatte der CSU-Landrat und Verwaltungsrats-Vorsitzende Jakob Kreidl sich über Spenden luxuriöse Reisen, Geschenke und Restaurantbesuche finanzieren lassen. Am Ende flossen in seine eigene Geburtstagsparty über 77.000 Euro Sparkassengelder. Siehe: Stephen Hank, 31.03.2018, Sparkassen-Affäre um Ex-Landrat Jakob Kreidl: Eine Chronologie der Ereignisse, Münchener Merkur, zuletzt aufgerufen am 06.10.2024, [<https://www.merkur.de/lokales/region-miesbach/miesbach-ort29062/sparkassen-affeere-um-ex-landrat-jakob-kreidl-eine-chronologie-ereignisse-9741688.html>]. Siehe zu Filz und Vetternwirtschaft bei den Landesbanken: Finanzwende, 6.12.2019, Das Drama der Landesbanken, zuletzt aufgerufen am 06.10.2024. [<https://www.finanzwende.de/themen/banken-und-schattenbanken/landesbanken>]

23 Zitiert nach: Ulric Papendick, 17.11.2005, Der Anfang vom Ende, Manager Magazin, zuletzt aufgerufen am 06.10.2024. [<https://www.manager-magazin.de/unternehmen/der-anfang-vom-ende-a-16f571d5-0002-0001-0000-000043123772?context=issue>]

24 Tagesschau, 01.04.2009, An den Ursachen der Finanzkrise vorbei, zuletzt aufgerufen am 06.10.2024. [<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/interviewhellwig-ts-100.html>]

25 Zitiert nach: Gabriele Steinhauser und Laura Stevens, 11.11.2013, Sparkassen mutieren zu schwarzen System-Löchern, zuletzt aufgerufen am 06.10.2024. [<https://www.welt.de/wall-street-journal/article121762225/Sparkassen-mutieren-zu-schwarzen-System-Loechern.html>]



## **„Alle Abgeordneten wissen ,Die kennen wen bei mir im Wahlkreis‘. Das macht den DSGVO so mächtig. Er ist in der Fläche vertreten und kann überall Druck aufbauen.“**

*Ehemaliger Mitarbeiter im Deutschen Bundestag<sup>26</sup>*

Ein Beispiel: der Bundesrat beziehungsweise der Finanzausschuss der Länderkammer. Hier sitzen die Länder-Finanzminister\*innen, teils mit mehreren Hütern: Von Amts wegen sind sie Vorsitzende, stellvertretende Vorsitzende oder in Kontrollgremien der Landesbanken; gleichzeitig gestalten sie im Bundesrat Finanzpolitik mit. Während der Chef der Deutschen Bank mit seinen Wünschen hausieren gehen muss, kann jemand wie Danyal Bayaz (Grüner Finanzminister von Baden-Württemberg und im Aufsichtsrat der Landesbank Baden-Württemberg, LBBW) auf direktem Weg LBBW-Interessen vertreten. Sechs der 16 Mitglieder des Finanzausschusses sind bei Themen, die „ihre“ Banken betreffen, in Doppelrollen (siehe Box unten und Kapitel 3.4). Wohlgermerkt: Das sind Banken, die immer wieder in kostspielige Skandale geraten und deren Rettung in der Finanzkrise vielen Steuermilliarden gekostet hat.

Der Erste-Klasse-Zugang der Sparkassenlobby zur Politik wird besonders dann ein Problem, wenn dadurch Positionen durchgesetzt werden, die dem Gemeinwohl schaden. Tatsächlich unterscheiden sich Sparkassen und Landesbanken in ihrer Lobbyarbeit bei wichtigen Themen wie Eigenkapital-Anforderungen für Banken oder Provisionen im Finanzvertrieb inhaltlich kaum von anderen Finanzinstituten (siehe Kapitel 3). Im Zusammenschluss „Deutsche Kreditwirtschaft (DK)“ lobbyieren sie sogar gemeinsam mit dem Bankenverband, der allein die Interessen privater Banken wie der Deutschen Bank vertritt.<sup>27</sup> Intern ginge es in der DK zwar manchmal „zur Sache“ erklärt ein Lobbyist. „Aber nach außen will niemand den anderen auf die Füße treten. Keiner will den anderen schaden.“<sup>28</sup> Auch so kommen Gemeinwohl-Interessen Schritt für Schritt unter die Räder.

---

<sup>26</sup> Interview mit einem früherem Mitarbeiter im Bundestag, 23. September 2024.

<sup>27</sup> Die DK koordiniert fünf Mitgliedsverbände: den Bankenverband (BdB) sowie die Verbände der Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR), der Öffentlichen Banken (VÖB), der Sparkassen (DSGV) und der Pfandbriefbanken (vdp).

<sup>28</sup> Interview mit Finanzlobbyist, 13. Mai 2022.

## In Zahlen: Bande zwischen Sparkassen, Landesbanken und Politik

- Die Aufsichtsgremien der knapp 350 Sparkassen, die Verwaltungsräte, sind in der Regel zu einem Drittel mit Beschäftigten und zu **zwei Dritteln** mit Politiker\*innen besetzt, darunter Bürgermeister\*innen, Gemeinde-, Kreis- und Landrät\*innen. Laut einer Analyse auf Basis vorhandener Daten aus Nordrhein-Westfalen aus dem Jahr 2018 beziehen viele von ihnen geschätzt **ein Zehntel oder mehr** ihres persönlichen Einkommens aus ihrer Funktion im Verwaltungsrat.<sup>29</sup>
- In der laufenden Legislaturperiode saßen mindestens **60 Abgeordnete** aus allen Parteien des Deutschen Bundestags im Verwaltungsrat einer Sparkasse, in Sparkassenverbänden beziehungsweise deren Beiräten oder im Beirat einer Landesbank.<sup>30</sup> Viele weitere hatten in vorherigen Legislaturperioden Sparkassen-Ämter inne, darunter die SPD-Vorsitzende Saskia Esken<sup>31</sup> und FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai.<sup>32</sup> Die höchsten Einnahmen aus Sparkassen-Nebenjobs hat übrigens der Abgeordnete Matthias Hauer, Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Finanzausschuss des Bundestags. Als stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates der Sparkasse Essen verdiente er **16.200 Euro** nebenher (2023).<sup>33</sup>
- **Sechs der 16 Mitglieder** des Finanzausschusses des Bundesrats sind gleichzeitig Landesbank-Funktionär\*innen: Danyal Bayaz (Grüne, Finanzminister von Baden-Württemberg und stellvertretender Vorsitzender im Aufsichtsrat der LBBW), Michael Richter (CDU-Finanzminister von Sachsen-Anhalt und im Aufsichtsrat der Nord/LB), Albert Füracker (CSU, Finanzminister von Bayern und Vorsitzender des Wirtschaftsbeirats der BayernLB), Gerald Heere (Grüne, Finanzminister von Niedersachsen und Vorsitzender des Aufsichtsrats der NordLB), Jakob von Weizsäcker (SPD, Finanzminister des Saarlands und 3. stellvertretender Vorsitzender der Hauptversammlung der SaarLB) und Heike Taubert (SPD, Finanzministerin von Thüringen und stellvertretende Vorsitzende der Trägerversammlung der Landesbank Hessen-Thüringen).<sup>34</sup> Sie sind Volksvertreter und Bank-Lobbyist\*innen in Personalunion.

29 Nicolas Véron und Jonas Markgraf, 18. Juli 2018, Germany's savings banks: uniquely intertwined with local politics, zuletzt aufgerufen am 06.10.2024. [<https://www.bruegel.org/blog-post/germanys-savings-banks-uniquely-intertwined-local-politics>]

30 Eigene Analyse auf Basis der veröffentlichungspflichtigen Angaben der Abgeordneten auf der Seite des Deutschen Bundestages. Siehe: Deutscher Bundestag, Abgeordnete, zuletzt aufgerufen am 22.09.2024. [<https://www.bundestag.de/abgeordnete>]. Der Datensatz kann bei Bedarf zur Verfügung gestellt werden.

31 Esken war bis September 2019 Stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsrates der Sparkasse Pforzheim Calw. Siehe: Deutscher Bundestag, Webarchiv. Abgeordnete. Biografien der 19. Wahlperiode (2017-2021). Saskia Esken, zuletzt aufgerufen am 06.10.2024. [[https://www.bundestag.de/webarchiv/abgeordnete/biografien19/E/esken\\_saskia-519324](https://www.bundestag.de/webarchiv/abgeordnete/biografien19/E/esken_saskia-519324)]

32 Djir-Sarai war in der Legislaturperiode 2017-21 Mitglied des Verwaltungsrates, des Hauptausschusses und der Zweckverbandsversammlung der Sparkasse Neuss. Siehe: Deutscher Bundestag, Webarchiv. Abgeordnete. Biografien der 19. Wahlperiode (2017-2021). Bijan Djir-Sarai, zuletzt aufgerufen am 06.10.2024. [<https://www.bundestag.de/webarchiv/abgeordnete/biografien19/D/519072-519072>]

33 Deutscher Bundestag, Matthias Hauer, CDU/CSU, zuletzt aufgerufen am 06.10.2024. [[https://www.bundestag.de/abgeordnete/biografien/H/hauer\\_matthias-857432](https://www.bundestag.de/abgeordnete/biografien/H/hauer_matthias-857432)]

34 Außerdem: Albert Füracker (CSU, Finanzminister von Bayern und Vorsitzender des Wirtschaftsbeirats der BayernLB), Gerald Heere (Grüne, Finanzminister von Niedersachsen und Vorsitzender des Aufsichtsrats der NordLB), Jakob von Weizsäcker (SPD, Finanzminister des Saarlands und 3. stellvertretender Vorsitzender der Hauptversammlung der SaarLB) und Heike Taubert (SPD, Finanzministerin von Thüringen und stellvertretende Vorsitzende der Trägerversammlung der Landesbank Hessen-Thüringen). Bundesrat, Finanzausschuss, [<https://www.bundesrat.de/DE/bundesrat/ausschuesse/fz/fz-node.html>]; LBBW, Der Aufsichtsrat der LBBW, [[https://www.lbbw.de/konzern/lbbw/aufsichtsrat/aufsichtsrat\\_7v4kzduaq\\_d.html](https://www.lbbw.de/konzern/lbbw/aufsichtsrat/aufsichtsrat_7v4kzduaq_d.html)]; NordLB, Gremien und Organe, [<https://www.nordlb.de/die-nordlb/gremien-und-organe>]; BayernLB, Wirtschafts- und Finanzforum Bayern - Wirtschaftsbeirat BayernLB, [[https://www.bayernlb.de/internet/de/blr/resp/meta\\_7/ueber\\_uns\\_1/marke/gremien/wirtschaftsbeirat/inhaltsseite\\_32.jsp](https://www.bayernlb.de/internet/de/blr/resp/meta_7/ueber_uns_1/marke/gremien/wirtschaftsbeirat/inhaltsseite_32.jsp)]; SaarLB, Unternehmensführung, [<https://saarlb.de/ueber-uns/unternehmensfuehrung/>]; Helaba, Vorstand und Gremien, [<https://www.helaba.com/de/ueber-uns/profil/vorstand-und-gremien.php>].

## Besonders starke Verflechtungen mit CDU/ CSU

Besonders eng scheinen die Sparkassen-Bande in die CDU/CSU. Laut einer Analyse der Zeitung *Die Welt* aus dem Jahr 2018 waren die Politiker\*innen in den Verwaltungsräten der größten Sparkassen zu 43 Prozent Mitglieder von CDU/ CSU, gefolgt von SPD-Mitgliedern (34 Prozent) und Grünen (knapp 10 Prozent).<sup>35</sup> Ähnlich sieht es heute bei Bundestagsabgeordneten mit einem Nebenjob bei Sparkassen und Landesbanken aus: 42 Prozent gehören der Union an, gefolgt von 33 Prozent SPDler\*innen und 10 Prozent Grünen.<sup>36</sup> Auch der oberste Sparkassen-Verband, der DSGV, ist seit Jahrzehnten fest in der Hand von CDU/CSU – in Männerhand wohlgermerkt (siehe Tabelle unten).

Die Spitzen der regionalen Sparkassenverbände sind mit zwei Frauen, drei SPDler\*innen und mindestens zwei Parteilosen zwar diverser. Aber auch hier haben mindestens acht von zwölf Präsident\*innen ein Parteibuch, fünf davon eins von der Union.<sup>37</sup> Ihre Parteifreund\*innen in der Politik haben für sie sicher ein offenes Ohr.

## Die Männer von der Union: fünf Jahrzehnte DSGV-Präsidenten<sup>38</sup>

Zeitraum	DSGV-Präsident	Parteibuch
1972 – 1993	Helmut Geiger	CSU
1993 – 1998	Horst Köhler	CDU
1998 – 2006	Dietrich Hoppenstedt	CDU
2006 – 2012	Heinrich Haasis	CDU
2012 – 2017	Georg Fahrenschon	CSU
2017 – 2023	Helmut Schleweis	parteilos
2024 – jetzt	Ulrich Reuter	CSU

35 Anne Kunz, 17.06.2018, CDU und CSU haben großen Einfluss auf die Sparkassen, *Die Welt*, zuletzt aufgerufen am 05.10.2024. [<https://www.welt.de/wirtschaft/article177676252/Parteien-haben-grossen-Einfluss-auf-die-Sparkassen.html>]

36 Außerdem gibt es noch 5 Sparkassen-Nebenjobber\*innen von der FDP, und je 2 von AFD und BWS. Quelle: Eigene Analyse auf Basis der veröffentlichungspflichtigen Angaben der Abgeordneten auf der Seite des Deutschen Bundestages. Siehe: Deutscher Bundestag, Abgeordnete, zuletzt aufgerufen am 22.09.2024. [<https://www.bundestag.de/abgeordnete>]. Der Datensatz kann bei Bedarf zur Verfügung gestellt werden.

37 Der Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, Matthias Dießl, ist CSU-Mitglied. Bei der CDU sind Matthias Neth (Baden-Württemberg), Michael Breuer (Rheinischer Sparkassen- und Giroverband), Thomas Hirsch (Rheinland-Pfalz) und Cord Bockhop (Niedersachsen). Ein SPD-Parteibuch haben Cornelia Hoffmann-Bethscheider (Sparkassenverband Saar), Ludger Weskamp (Ostdeutscher Sparkassenverband) und Stefan Reuß (Hessen-Thüringen). Liana Buchholz (Westfalen-Lippe) und Oliver Stolz (Schleswig-Holstein) sind parteilos. Für Johannes Evers (Berlin) und Harald Vogelsang (Hanseatischer Sparkassen- und Giroverband) gibt es weder für Parteimitgliedschaft noch Parteilosigkeit eindeutige öffentliche Quellen.

38 Saskia Littmann, 28.11.2017, Wer ist der neue Sparkassen-Präsident?, *WirtschaftsWoche*, zuletzt abgerufen am 06.10.2024. [<https://www.wiwo.de/unternehmen/banken/neuer-dsgv-chef-schleweis-wer-ist-der-neue-sparkassen-praesident/20642074.html>]; Meike Schreiber, 16.01.2023, Früherer Landrat wird neuer Sparkassen-Präsident, *Süddeutsche Zeitung*, zuletzt aufgerufen am 06.10.2024. [<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/dsgv-praesident-reuter-buchholz-1.5733310>]

## Gut geölte Drehtür zwischen Politik und Sparkassenlobby

Auch jenseits des Postens des DSGVO-Präsidenten spielen Seitenwechsel aus der Politik für die Sparkassenlobby eine wichtige Rolle. So investiert sie in Insider-Kenntnisse, erstklassige politische Kontakte und installiert im besten Fall ihre eigenen Leute an den Schaltstellen der Macht. Einige Beispiele:

- **Friedrich Paulsen**, Leiter der Lobbyarbeit des DSGVO in Berlin. Früher war er Büroleiter des Bundestagsabgeordneten Bernhard Daldrup (SPD) und für die Themen des Finanzausschusses zuständig. „Aus diesen Rollen verfügt er über umfassende Kenntnisse und ein ausgeprägtes Netzwerk im politischen Berlin“, freut sich der DSGVO.<sup>39</sup>
- **Jiří Zapletal**, frisch gebackener Leiter der Lobbyarbeit des DSGVO in Brüssel. Er war schon einmal beim Verband (2006-13), machte dann aber Karriere im Finanzministerium, beim Internationalen Währungsfonds, als Finanzattaché der Deutschen Ständigen Vertretung bei der EU, bei der EU-Kommission und zuletzt als Leiter der Vertretung Sachsens bei der EU.<sup>40</sup>
- **Peter Simon**, heute Geschäftsführer der Europäischen Sparkassenvereinigung und des Weltinstituts der Sparkassen, war 2020/21 EU-Bevollmächtigter des DSGVO in Brüssel. Davor saß Simon zehn Jahre für die SPD im Europaparlament. „Nun wandern intime Kenntnisse über die handelnden Personen in den EU-Institutionen zum Sparkassenverband“, kritisierte damals der Grüne Europaabgeordnete Sven Giegold den Seitenwechsel.<sup>41</sup>
- **Elisabeth Roegele**, mittlerweile Ex-Vizepräsidentin der BaFin. Sie war 2015 von der DekaBank zur Aufsicht gekommen. Als Chefjuristin hatte sie den CumEx-Steuerbetrug der Deka verteidigt. „Mit einer solchen Aufsicht können die Banken gut leben“, kommentierte das Handelsblatt die Seitenwechslerin, die damals „in der Branche beliebt wie eh und je“ gewesen sei.<sup>42</sup>
- **Schackmann-Fallis**, 18 Jahre lang geschäftsführendes Vorstandsmitglied beim DSGVO (bis 2022). Davor hatte er 20 Jahre lang hohe Ämter im Bundes-Wirtschaftsministerium und in den Finanzministerien von Sachsen-Anhalt und Brandenburg. Der SPDler war das parteipolitische Gegengewicht zum DSGVO-Präsidenten, der als Erbhof der Union gilt (siehe Tabelle).<sup>43</sup>

---

39 DSGVO, 16.07.2024, DSGVO verstärkt politische Interessenvertretung in Brüssel und Berlin, zuletzt aufgerufen am 06.10.2024. [[https://www.dsgv.de/newsroom/presse/240715\\_PM\\_Interessenvertretung\\_40.html](https://www.dsgv.de/newsroom/presse/240715_PM_Interessenvertretung_40.html)]

40 Ebd.

41 Sven Giegold, 13.02.2020, Peter Simon wechselt zum Sparkassenverband: Dieser Wechsel ging zu schnell, zuletzt aufgerufen am 06.10.2024. [<https://sven-giegold.de/peter-simon-wechselt/>]

42 Sönke Iwersen und Volker Votsmeier, 28.02.2019, Bafin-Vizepräsidentin verteidigte in ihrem früheren Job umstrittene Aktiendeals, Handelsblatt, zuletzt aufgerufen am 06.10.2024. [<https://www.handelsblatt.com/finanzen/banken-versicherungen/cum-ex/cum-ex-steuer-skandal-bafin-vizepraesidentin-verteidigte-in-ihrem-frueheren-job-umstrittene-aktiendeals/24049784.html>]

43 Platow, 10.01.2022, DSGVO – Folgt Peter Simon auf Schackmann-Fallis?, zuletzt aufgerufen am 06.10.2024. [<https://www.platow.de/archiv/der-platow-brief/der-platow-brief-ausgabe-vom-10-01-2022/dsgv-folgt-peter-simon-auf-schackmann-fallis/>]

## „Den DSGVO lehnt man nicht ab“

Letztendlich stehen der Sparkassenlobby die Türen aller Parteien offen. Sie wissen um die Gestaltungsmacht der Institute als Kreditgeber des Mittelstands und von Kommunen. Auch ihr positives Image in der Gesellschaft spielt eine Rolle. „Die Sparkassen haben eigentlich immer alle auf ihrer Seite“, meint ein Lobbyist.<sup>44</sup> Und ein ehemaliger Bundestagmitarbeiter sagt: „Den DSGVO lehnt man nicht ab. Man versucht immer, einen Termin zu finden“.<sup>45</sup>

**„Ich bin beeindruckt von der Offenheit des Austausches und dem Interesse, das unseren Anliegen entgegengebracht wurde, und freue mich auf die weitere Zusammenarbeit.“**

*DSGV-Präsident Ulrich Reuter nach dem Antrittsbesuch bei Olaf Scholz<sup>46</sup>*

Das sieht anscheinend auch der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) so. Als er im Mai 2023 den scheidenden DSGVO-Präsidenten Helmut Schleweis verabschiedete, bedankte er sich bei diesem für „die vielen vertraulichen Gespräche, die wir geführt haben, den guten Rat, den ich bekommen habe“. Ob beim Thema Einlagensicherung oder bei der europäischen Bankenregulierung „die Bundesregierung steht an Ihrer Seite“, so der Kanzler zur versammelten Sparkassenelite.<sup>47</sup>

**„Ich erinnere mich gern an die vielen vertraulichen Gespräche, die wir geführt haben.“**

*Bundeskanzler Olaf Scholz zum damaligen DSGVO-Präsidenten Helmut Schleweis, Mai 2023*

---

<sup>44</sup> Interview mit Finanzlobbyist, 13. Mai 2022.

<sup>45</sup> Interview mit einem früherem Mitarbeiter im Bundestag, 23. September 2024.

<sup>46</sup> Siehe den LinkedIn-Post von Ulrich Reuter, zuletzt aufgerufen am 06.10.2024. [[https://www.linkedin.com/posts/dr-ulrich-reuter\\_finanzen-wesen-zukunftdersparkassen-zusammenarbeit-activity-715161911070949376-mfBm/?originalSubdomain=de](https://www.linkedin.com/posts/dr-ulrich-reuter_finanzen-wesen-zukunftdersparkassen-zusammenarbeit-activity-715161911070949376-mfBm/?originalSubdomain=de)]

<sup>47</sup> Bundesregierung, 31.05.2023, Rede von Bundeskanzler Olaf Scholz beim 27. Deutschen Sparkassentag, zuletzt aufgerufen am 06.10.2024. [<https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/newsletter-und-abos/bulletin/rede-von-bundeskanzler-olaf-scholz-2194054>]

## 3 Sparkassen-Lobbyismus auf Kosten der Allgemeinheit

### 3.1 Die Strippenzieher vom DSGVO und der CumEx-Steuerraub

Die DekaBank und mehrere Landesbanken haben beim größten Steuerraub der deutschen Geschichte mitgemischt.<sup>48</sup> Ein Netzwerk aus Banker\*innen, Berater\*innen und Superreichen handelte jahrelang Aktien im Kreis und ließ sich einmal gezahlte Steuern mehrfach erstatten. „Hier greift jemand in die Staatskasse und nimmt sich dort Geld heraus, auf das er gar keinen Anspruch hat,“ erklärt der Journalist Oliver Schröm, der den CumEx-Skandal mit aufgedeckt hat. Geschätzter Schaden der illegalen Deals für den deutschen Fiskus: 10 Milliarden Euro.<sup>49</sup>

Möglich wurde der Steuerraub auch durch den Lobbyismus der Finanzbranche und ihre Nähe zu Staat und Politik. Ein Mitarbeiter des DSGVO zum Beispiel war stets bestens informiert über geplante Gesetze im Finanzministerium. Für 1.000 Euro im Monat gab er seine Infos weiter an den Anwalt Hanno Berger, einen der Haupt-Strippenzieher und Profiteure von CumEx. Als sich das Finanzministerium 2005/06 anschickte, die Steuertricksereien zu unterbinden, wusste Berger so als einer der ersten davon. Und hatte Zeit, die kommende Gesetzesänderung zu analysieren und nach den eigenen Vorstellungen zu beeinflussen. So wurde das Gesetz, das den Steuerraub eigentlich beenden sollte, zum Brandbeschleuniger für CumEx-Deals.

Später ko-finanzierte der DSGVO eine Art Doppelagenten im Finanzministerium. Der frühere Finanzrichter Arnold Ramackers hatte vier Jahre im Ministerium gearbeitet und dort Versuche, CumEx zu stoppen, mehrmals verhindert und verzögert. Als er sich Mitte 2008 beurlauben ließ, vereinbarte er mit dem DSGVO und anderen Bankenverbänden „Gutachtenaufträge“ für 80.000 Euro jährlich.<sup>50</sup> Zeitgleich agierte Ramackers aber weiter als eine Art informeller Sachverständiger des Finanzministeriums. Laut seinem früheren Vorgesetzten wurde er „ab und zu mal intern... eingeschaltet“ und nahm sogar

48 Siehe zum Beispiel: Lukas Zdrzalek, 09.03.2023, Die Deka untersucht noch einmal ihre Cum-ex-Historie, WirtschaftsWoche, zuletzt abgerufen am 06.10.2024. [<https://www.wiwo.de/unternehmen/banken/finanzinstitut-der-sparkassen-gruppe-die-deka-untersucht-noch-einmal-ihre-cum-ex-historie/29027484.html>]; Ina Karabasz, Sönke Iwersen und Volker Votsmeier, 14.08.2022, Landesbanken im Cum-Ex-Skandal: Chefetagen als justizfreie Zone, Handelsblatt, [<https://www.handelsblatt.com/audio/crime/handelsblatt-crime-landesbanken-im-cum-ex-skandal-chefetagen-als-justizfreie-zone/28591916.html>]. Beide zuletzt aufgerufen am 06.10.2024.

49 Falls nicht anders vermerkt finden sich alle Belege zu diesem Kapitel hier: Finanzwende Recherche, 09.12.2022, Organisierte Kriminalität in Nadelstreifen, zuletzt aufgerufen am 06.10.2024. [<https://www.finanzwende-recherche.de/unsere-themen/finanzlobbyismus/studie-im-auftrag-des-geldes/organisierte-kriminalitaet-in-nadelstreifen-der-cumex-steuerraub-und-die-politik/>]

50 Deutscher Bundestag, 20.06.2017, Beschlussempfehlung und Bericht des 4. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes, Drucksache 18/12700, S. 150, zuletzt aufgerufen am 06.10.2014. [<https://dsserver.bundestag.de/btd/18/127/1812700.pdf>]

an Sitzungen im Ministerium und in Bund-Länder-Gruppen teil. Dank der von Ramackers weitergeleiteten Infos konnte die Branche immer wieder Ausweichstrategien entwickeln und das CumEx Geschäft weiter florieren.

## 3.2 Kampf gegen das Provisionsverbot

Verbraucherschutz-Verbände monieren seit Jahren, dass Provisionen beim Verkauf von Finanzprodukten zu Ergebnissen führen, die den Anbietern oft mehr nutzen als den Kund\*innen. Versicherungen, Fonds oder Zertifikate werden angeboten, obwohl sie sich nicht rentieren – eben weil bei Abschluss eine üppige Provision winkt. Die Sparkassengruppe profitiert doppelt von diesem System: die Deka, die Versicherer und die Landesbanken haben Dank der Sparkassen, die sie für den Verkauf ihrer Produkte mit Provisionen entlohnen, ein super Vertriebssystem. Die Sparkassen wiederum verdienen üppig an den Provisionen. Kein Wunder, dass sie ein Provisionsverbot mit Klauen und Zähnen bekämpfen.

**„Von einer Anstalt öffentlichen Rechts erwarten wir mehr als den Verkauf schlechter Produkte.“**

*Christian A. Rumpke, Chef der Verbraucherzentrale Brandenburg, darüber, wie Sparkassen Kund\*innen Produkte aufschwätzen, weil sie die meisten Provisionen bringen<sup>51</sup>*

Zum Beispiel nach der Finanzkrise 2008/09:52 Nachdem zehntausende mit dubiosen Finanzprodukten viel Geld verloren hatten, schlug die EU-Kommission für die Überarbeitung der Wertpapierrichtlinie MiFID ein Provisionsverbot für die Vermittlung von Geldanlagen vor – wenn auch ein sehr eingeschränktes. Doch auf Druck der Finanzlobby kippte das EU-Parlament selbst dieses partielle Verbot. „Insbesondere der deutsche Finanzsektor, der das deutsche Modell der Anlageberatung auf Provisionsbasis verteidigte, spielte eine einflussreiche Rolle bei der Gestaltung der Position des Europäischen Parlaments“, so die Politologin Lisa Kastner, die die Lobby Schlacht erforscht hat. Vor der entscheidenden Abstimmung hatte der DSGV die Abgeordneten „mehrfach“ gegen ein Provisionsverbot lobbyiert. Nach eigenen Angaben stand der Verband „insbesondere mit den deutschen Abgeordneten“ im federführenden Ausschuss im „ständigen Meinungsaustausch“.

---

51 Andreas Fritsche und Matthias Krauß, 04.07.2023, Sparkassen sparen Filialen ein, nd, zuletzt aufgerufen am 06.10.2024. [<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1174487.verbraucherschutz-sparkassen-sparen-filialen-ein.html>]

52 Alle Belege zu diesem Absatz finden sich hier: Finanzwende Recherche, 09.12.2022, Auf Kosten der Verbraucher\*innen. Provisionsvertrieb bei Finanzprodukten, zuletzt aufgerufen am 06.10.2024. [<https://www.finanzwende-recherche.de/unsere-themen/finanzlobbyismus/studie-im-auftrag-des-geldes/auf-kosten-der-verbraucherinnen-provisionsvertrieb-bei-finanzprodukten/>]



Die Geschichte wiederholte sich 2022/23, als die EU-Kommission ein Provisionsverbot als Teil der EU-Kleinanlegerstrategie erwog.<sup>53</sup> Erneut gingen Sparkassen, Versicherer und Co. auf die Barrikaden. Und erhielten Unterstützung von deutschen Europaabgeordneten wie Markus Ferber von der CSU. „Ich würde von einem solchen Schritt dringend abraten“, schrieb der einflussreiche Abgeordnete im Oktober 2022 an die zuständige EU-Kommissarin. Unter anderem seien Provisionen eine „wichtige Einnahmequelle“ für die Banken, auf die sie in der „sehr angespannten Lage“ angewiesen seien.

Diese Argumente wirkten „wenig überzeugend“, so die *Süddeutsche Zeitung*, weil Ferber „gleichzeitig – gegen Bezahlung – in Gremien des größten deutschen Finanzvertriebs DVAG und der Sparkassen sitzt, die beide vom Provisionsgeschäft stark profitieren“. Als Mitglied im Verwaltungsrat der Sparkasse Schwaben-Bodensee und in einem Beirat des Sparkassenverbands Bayern verdient Ferber über 10.000 Euro im Jahr nebenher. Trotz des möglichen Interessenkonflikts hatte sein Engagement Erfolg. Im Entwurf der Kleinanlegerstrategie vom Frühjahr 2023 war von den ursprünglichen Plänen zum Provisionsverbot so gut wie nichts mehr zu finden. Das Milliardengeschäft der Sparkassen mit Provisionen konnte weitergehen.

### 3.3 Basel III und das zu geringe Eigenkapital der Banken

Die exzessive Verschuldung der Banken gilt als eine der Kernursachen der verheerenden Finanzkrise von 2008/09. Um eine Wiederholung zu verhindern, sollten Banken durch strengere Auflagen in die Lage versetzt werden, größere Verluste in Zukunft selbst tragen zu können. Doch es kam anders. Eine heftige Lobbykampagne der Banken verzögerte und verwässerte die „Basel III“ Eigenkapitalregeln massiv – erst auf internationaler Ebene, dann bei der Übernahme der Regeln in EU-Recht.<sup>54</sup>

Die Sparkassen spielten dabei eine nicht unerhebliche Rolle, auch, weil sie die Kommunen mit auf den Plan riefen.<sup>55</sup> Eigentlich hätten die Institute höhere Eigenkapital-Anforderungen begrüßen müssen, weil die vor allem Großbanken getroffen und Wettbewerbsnachteile für kleinere Häuser verringert hätten. Doch die Sparkassen stellten sich auf

---

53 Alle Belege zu diesem Absatz finden sich hier: Finanzwende, 09.07.2024, Der bayerische Abgeordnete Markus Ferber. Der lange Arm der Finanzlobby ins Europaparlament, zuletzt aufgerufen am 06.10.2024. [[https://www.finanzwende.de/fileadmin/user\\_upload/Kampagnen/Lobby/Der-bayrische-Abgeordnete-Markus-Ferber\\_Der-lange-Arm-der-Finanzlobby-ins-Europaparlament.pdf](https://www.finanzwende.de/fileadmin/user_upload/Kampagnen/Lobby/Der-bayrische-Abgeordnete-Markus-Ferber_Der-lange-Arm-der-Finanzlobby-ins-Europaparlament.pdf)], S. 4 und 10.

54 Siehe: Finanzwende Recherche, 09.12.2022, Kniefall vor der Lobby. Das Baseler Regelwerk und das zu geringe Eigenkapital der Banken, zuletzt aufgerufen am 06.10.2024. [<https://www.finanzwende-recherche.de/unsere-themen/finanzlobbyismus/studie-im-auftrag-des-geldes/kniefall-vor-der-lobby-das-baseler-regelwerk-und-das-zu-geringe-eigenkapital-der-banken/>]

55 Anat Admati und Martin Hellwig (2014) Des Bankers Neue Kleider. Was bei Banken wirklich schiefläuft und was sich ändern muss, München: FinanzBuchVerlag, S. 472.



die Seite der Großbanken – und ihrer schwach kapitalisierten Landesbanken.<sup>56</sup> Sie alle profitierten vom Image der netten kleinen Sparkasse von nebenan.

**„Die Sparkassen und Landesbanken sind keine ‚glückliche Familie‘ ... Aber sie sind eine effektive Familie, wenn es darum geht, in politischen Entscheidungsprozessen ihre Interessen zu verteidigen.“**

*Elsa Clara Massoc, Assistenzprofessorin an der Universität St. Gallen<sup>57</sup>*

Im September 2024 zog die Organisation Finance Watch eine bittere Bilanz der Basel III Reformen und warnte: „Jüngste Pleiten wie die der Crédit Suisse und der Silicon Valley Bank zeigen die anhaltende Schwäche des Finanzsystems. Die Behörden müssen immer noch Milliarden ausgeben, um taumelnde Institute zu stützen.“<sup>58</sup> 16 Jahre nach einer der schwersten Finanzkrisen der Geschichte ist die Stabilität unseres Finanzsystems also weiter gefährdet – auch dank der Sparkassenlobby.

### 3.4 Landesbanken vs. Finanztransaktionssteuer

Nach der Finanzkrise 2008/09 schien die Zeit reif für eine Steuer auf Finanztransaktionen. Spekulation eindämmen, die Banken an den Kosten der Krise beteiligen, Geld in geschröpfte Staatskassen spülen – all das hätte sie leisten können. Entsprechend groß war die Unterstützung für die Steuer in Öffentlichkeit und Politik. Doch mit einer massiven Kampagne gelang es der Finanzlobby, die Steuer erst zu verzögern und zu verwässern und sie schließlich ganz im Sande verlaufen zu lassen.<sup>59</sup>

---

56 Das zeigen zahlreiche Positionspapiere und Pressemitteilungen des DSGV und der regionalen Sparkassenverbände zu Basel III und dem EU-Bankenpaket – sowie die ebenfalls zahlreichen Stellungnahmen der Deutschen Kreditwirtschaft (DK), in welcher der DSGV unter anderem mit dem Bankenverband und dem VÖB zusammenarbeitet. Zum Beispiel: DSGV, 02.10.2017, Mittelstand: Basel IV geht in die falsche Richtung, [<https://www.dsgv.de/newsroom/presse/171002-PM-AGM-Der-Mittelstand-Basel.html>]; DK, 03.07.2019, Basel III-Umsetzung in Europa bedroht Wettbewerbsfähigkeit deutscher Kreditinstitute, [<https://die-dk.de/themen/pressemitteilungen/dk-basel-iii-umsetzung-europa-bedroht-wettbewerbsfaehigkeit-deutscher-kreditinstitute/>]; Sparkassenverband Westfalen-Lippe, 28.11.2021, Prof. Buchholz kritisiert die Vorschläge zur finalen Umsetzung von Basel III, [<https://www.svwl.eu/de/aktuelles/detail/n/prof-buchholz-kritisiert-die-vorschlaege-zur-finalen-umsetzung-von-basel-iii/>]. Alle zuletzt aufgerufen am 06.10.2024.

57 Massoc, Elsa Clara, 2018, Banking on States? The divergent trajectories of European finance after the crisis, University of California, Berkeley, S. 125, zuletzt aufgerufen am 06.10.2024. [<https://escholarship.org/uc/item/5mr5s778>]. Übersetzung: Pia Eberhardt

58 Finance Watch, 24.09.2024, Crumbling consensus on international banking regulation risks financial stability, zuletzt aufgerufen am 06.10.2024. [<https://www.finance-watch.org/press/crumbling-consensus-on-international-banking-regulation/>]

59 Wenn nicht anders angegeben, finden sich Belege zu diesem Kapitel hier: Finanzwende Recherche, 09.12.2022, Tausend Tode eines Jahrhundertprojekts, Wie die Finanzlobby die Finanztransaktionssteuer bekämpfte, zuletzt aufgerufen am 06.10.2024. [<https://www.finanzwende-recherche.de/unsere-themen/finanzlobbyismus/studie-im-auftrag-des-geldes/tausend-tode-eines-jahrhundertprojekts-wie-die-finanzlobby-die-finanztransaktionssteuer-bekaempfte/>]

Federführend waren hier Großbanken wie die Deutsche Bank. Die Sparkassen waren anfangs sogar offen für die Steuer<sup>60</sup>, aber die Landesbanken nicht.<sup>61</sup> Die wollten an ihrer spekulativen Kapitalmarktorientierung festhalten und gewannen im Laufe der Debatte innerhalb der Sparkassenfamilie anscheinend die Oberhand.<sup>62</sup>

Und nicht nur dort. Im Mai 2013 – Deutschland und zehn weitere EU-Staaten hatten gerade Verhandlungen über die Steuer begonnen – sprach sich erstmals ein hochrangiger SPD-Politiker dagegen aus. Nils Schmid, damals Finanzminister in Baden-Württemberg und im Verwaltungsrat der dortigen Landesbank, warnte mit Verweis auf Studien ebener LBBW: „Eine Steuer, die sich auf die Liquiditätsversorgung der Kreditinstitute, der Realwirtschaft und der öffentlichen und privaten Haushalte massiv auswirken könnte, kann und darf nicht in unserem Interesse sein“.<sup>63</sup> Schmid wurde zwar umgehend von seiner Partei gerügt. „Warum sich Nils Schmid die Bedenken seiner Landesbank unkritisch zu eigen macht, erschließt sich mir nicht“, kritisierte der SPD-Finanzexperte Joachim Poß.<sup>64</sup> Doch die wilden Behauptungen über die angeblich verheerende Wirkung der Steuer verfielen. Im Mai 2014 erklärte der damalige Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), die Situation sei so verfahren, dass die Verhandlungen besser mit einer begrenzten Steuer auf Aktien und einige Derivate beginnen sollten – also auf nur einen Bruchteil der Finanzprodukte am Markt.

Heute ist die Finanztransaktionssteuer kaum mehr als ein Symbol für den Kampf der Finanzlobby gegen weitere Regulierung und Haftung für in der Krise verursachte Kosten. Und ein Beispiel dafür, wie die Sparkassen nach vorne gestellt werden, wenn es eigentlich um die Interessen der anderen Unternehmen im Verbund, vor allem die der Landesbanken, geht.

---

60 In einer Stellungnahme des DSGV von 2010 heißt es zum Beispiel: „Eine international abgestimmte Finanztransaktionssteuer auf bestimmte Produkte erscheint uns als ein gangbarer Weg, Akteure an den Finanzmärkten an den Kosten der Finanzkrise zu beteiligen.“ DSGV, 12.05.2010, Stellungnahme des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), zuletzt aufgerufen am 06.10.2024, S. 6. [<https://webarchiv.bundestag.de/archive/2011/0214/bundestag/ausschuesse17/a07/anhoeerungen/2010/014/Stellungnahmen/11-DSGV.pdf>]

61 Siehe zum Beispiel: VÖB, 11.05.2010, Stellungnahme des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB), zuletzt aufgerufen am 06.10.2024. [[https://webarchiv.bundestag.de/archive/2011/0114/bundestag/ausschuesse17/a07/anhoeerungen/2010/014/Stellungnahmen/05-Bundesverb\\_---ffentl\\_--Banken.pdf](https://webarchiv.bundestag.de/archive/2011/0114/bundestag/ausschuesse17/a07/anhoeerungen/2010/014/Stellungnahmen/05-Bundesverb_---ffentl_--Banken.pdf)]

62 2013 hatte sich der Diskurs des DSGV komplett gedreht, siehe zum Beispiel: Versicherungsbote, 29.10.2013, Fahrenscho: Finanztransaktionssteuer stellt erhebliche Belastung für Klein- und Rietersparer dar, zuletzt aufgerufen am 06.10.2024. [<https://www.versicherungsbote.de/id/4784853/Fahrenscho-Finanztransaktionssteuer-Belastung-Kleinsparer-Rietersparer/>]

63 Brief von Nils Schmid an Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, 06.05.2013, Auswirkungen einer Finanztransaktionssteuer, zuletzt aufgerufen am 06.10.2024. [[https://www.spd-bw.de/dl/2013-05\\_Schreiben\\_Schmid\\_an\\_Schaeuble\\_--Finanztransaktionssteuer.pdf](https://www.spd-bw.de/dl/2013-05_Schreiben_Schmid_an_Schaeuble_--Finanztransaktionssteuer.pdf)]

64 Zitiert nach: Schwäbische Zeitung, 25.05.2013, Schmid betreibt Schadensbegrenzung, zuletzt aufgerufen am 06.10.2024. [<https://www.schwaebische.de/regional/baden-wuerttemberg/schmid-betreibt-schadensbegrenzung-883312>]

## Was treibt die Sparkassenlobby gerade?

Wer im deutschen Lobbyregister eingetragen ist, muss seit Kurzem angeben, wozu genau lobbyiert wird und zeitnah entsprechende Papiere hochladen. Dadurch hat die Öffentlichkeit mehr Einblicke in laufende Lobbykampagnen als je zuvor. Zwei Beispiele aus dem Hier und Jetzt der Sparkassenlobby:

- **2,3 Milliarden Euro** Geschenk: Zusammen mit den anderen Bankenverbänden fordern DSGV und VÖB ein Milliardengeschenk aus dem so genannten Restrukturierungsfonds.<sup>65</sup> Der soll laut einem Gesetzentwurf der Bundesregierung in die Tilgung der massiven Schulden aus der Finanzkrise 2008/09 fließen. Doch Banken und Sparkassen wollen die Milliarden lieber selber einsacken. Finanzwende machte das publik und hält dagegen.<sup>66</sup>
- **Kein Neustart bei der Altersvorsorge:**<sup>67</sup> Gemeinsam mit den anderen Bankenverbänden wettern DSGV und VÖB gegen einen öffentlichen Vorsorgefonds für die Altersvorsorge, wie ihn Finanzwende und die Verbraucherzentralen fordern. Bei derart viel Gegenwind aus der Finanzlobby wird es schwer werden, die marode Riester-Rente wirklich abzuschaffen – selbst wenn sie so teuer und renditeschwach ist, dass den Meisten im Alter kaum etwas davon bleibt.<sup>68</sup>

65 Die Deutsche Kreditwirtschaft, 08.07.2024, Stellungnahme zum Referentenentwurf für ein Restrukturierungsfonds-Übertragungsgesetz (RStruktFÜG), zuletzt aufgerufen am 06.10.2024. [<https://www.lobbyregister.bundestag.de/media/65/a2/333695/Stellungnahme-Gutachten-SG2407110003.pdf>]

66 Finanzwende, 07.2024. Keine Geschenke für Banken, Herr Lindner!, zuletzt aufgerufen am 06.10.2024. [<https://www.finanzwende.de/themen/banken-und-schattenbanken/keine-geschenke-fuer-banken-herr-lindner>]

67 Die Deutsche Kreditwirtschaft, 2024, Reform der geförderten privaten Altersvorsorge jetzt angehen, zuletzt aufgerufen am 06.10.2024. [<https://www.lobbyregister.bundestag.de/media/14/cd/310825/Stellungnahme-Gutachten-SG2406050014.pdf>]

68 Finanzwende, 22.11.2022, Warum die Riester-Rente in den Ruhestand geschickt werden sollte, zuletzt aufgerufen am 06.10.2024. [<https://www.finanzwende.de/themen/verbraucherschutz/riester-rente>]